

Vom Kolonialismus zur Entwicklungspolitik

Ein Beitrag zur Problematik

A. Ursachen der Unterentwicklung

In seinem Werk über angewandte Geographie vertritt Professor *Karl Krüger* die These, daß die Natur das Schicksal der Länder bestimme ¹⁾. In der Tat versucht auch eine Anzahl von Entwicklungsexperten zu lehren, daß die Wirkung des Klimas auf die Entwicklung des Landes entscheidend sei. Dreht man einmal den Globus, so bekommt man den Eindruck, als lägen alle unterentwickelten Länder mit ihrer Masse in den Tropen oder Subtropen und die Industrieländer in den gemäßigten Klimazonen. Jahrtausendlang soll außerdem das Fehlen des „anregenden“ Klimas den Menschen in warmen Ländern ihren Daseinskampf viel leichter gemacht haben als den Vorfahren der heute entwickelten Nationen, die sich Jahr für Jahr auf verschiedene Jahreszeiten einstellen mußten.

Betrachten wir jedoch die Sache genauer, so erkennen wir, daß „anregungslose“ Bedingungen der Natur manche heute unterentwickelten Nationen in der Vergangenheit nicht gehindert haben, ein hohes Niveau der Zivilisation zu erreichen. Der Mittelmeerraum und Ägypten wiesen schon vor Christi Geburt Hochkulturen auf, während die Entwicklung der europäischen Zivilisation von heute erst verhältnismäßig kurze Zeit zurückliegt. Es muß also erkannt werden, daß die Natur allein das Schicksal eines Landes nicht bestimmen kann. Die Rolle der Bodenschätze scheint auch nicht entscheidend zu sein, wenn man Indien und China in Betracht zieht. Diese beiden Länder haben bekanntlich schon vor England angefangen, z. B. Kohle zu gewinnen; sie sind heute trotzdem weit weniger entwickelt als England. Und die Länder im Mittleren Osten sowie Venezuela bleiben trotz ihrer ungeheuren Ölproduktion unterentwickelt, während Länder wie Holland und die Schweiz trotz des Mangels an Kohlevorkommen eine frühzeitige industrielle Entwicklung erreicht haben.

Was sind die wahren Ursachen der Unterentwickeltheit? Sind es menschliche Faktoren? Das Argument, daß die hohe Entwicklung der Industriestaaten von heute auf der rassischen Überlegenheit der weißen Menschen beruhe, ist bekannt. Nach diesem Argument, das viel weiter verbreitet ist, als man üblicherweise glaubt, sind die „farbigen“ Menschen von Natur aus faul, dumm, primitiv, abergläubisch und technisch unbegabt. Abgesehen davon, daß es keinen Beweis für die intellektuelle Ungleichheit zwischen den Rassen gibt, stellt sich diese These der weißen Überlegenheit auf einen unsicheren Boden, sobald man sich die Tatsache ins Gedächtnis zurückruft, daß die technische und materielle Überlegenheit der Westeuropäer erst seit zwei Jahrhunderten zu erkennen ist, und wenn man bedenkt, daß die Japaner, die heute zu den entwickelten Nationen zählen, ein „farbiges“ Volk sind, während die Nationen im Mittelmeerraum und im Mittleren Osten und die meisten Nationen in Lateinamerika, die der weißen Rasse angehören, heute unterentwickelt sind.

Eine weitere These will die Ursache der Unterentwicklung in der religiösen Haltung erkennen ²⁾. Die Überprüfung der Religion in diesem Zusammenhang führt zu den Fragen: Wie beeinflusst die Religion die wirtschaftlichen Verhaltensweisen, die als Voraussetzungen einer Industrialisierung gelten können? Wie verhält sie sich z. B. gegenüber

1) Karl Krüger, *Länderkunde*, Berlin 1962.

2) Emanuel Sarkisyanz, *Asien in der Weltlage der Gegenwart*, Düsseldorf/Köln 1962, S. 20—27.

dem Streben nach materiellem Vorteil? Welchen Einfluß übt sie auf die Bevölkerungsentwicklung aus? Wie regelt sie das Verhalten des Menschen gegenüber der Natur und gegenüber anderen Menschen? Welche Stellung nimmt sie gegenüber der Askese ein? Führt sie zu einer umfangreichen (unproduktiven) Priesterkaste³⁾?

Der evangelische Theologe *G. Uhlhorn* beispielsweise glaubte auf Grund des folgenden Wortes in der Bibel das Reich Gottes als eine Gemeinschaft zur Arbeit ansehen zu können: „Das Himmelreich ist gleich einem Hausvater, der am Morgen ausging, Arbeiter zu mieten in seinen Weinberg“ (Mth. 20, 1). Die Bibel hat allerdings für „Arbeit“ keinen Ausdruck, der dem heutigen Begriff des Wortes gleicht, und verwendet dafür Wörter wie „schaffen, machen, tun, wirken, dienen, leiden“ u. v. a. So sah Uhlhorn das Evangelium jedenfalls als eine „Predigt von der Arbeit“ an⁴⁾. Dem Versuch, eine enge Beziehung zwischen Protestantismus und Kapitalismus herzustellen, begegnen wir u. a. in den folgenden Schriften *Max Webers*: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“⁵⁾ und „Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, Religionssoziologische Skizzen“⁶⁾. Ferner in „Religion and the Rise of Capitalism von *R. H. Tawney*“⁷⁾; „Religious Foundations of Economic Progress“ von *K. K. Boulding*⁸⁾; „Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums“ von *W. H. Levis*⁹⁾ und „Die Demokratie im Wandel der Gesellschaft“ von *Richard Löwenthal*¹⁰⁾.

Es finden sich dort Hinweise darauf, daß der Gründer des ersten christlichen Mönchsordens (529), der heilige Benedikt, schon im sechsten Jahrhundert lehrte: „Ora et labora!“ Und weiter: Nach christlicher Lehre besitzt der Mensch den freien Willen. Der Islam hingegen lehrt das Kismet: der Mensch ist machtlos gegen den Willen Allahs — also eine Weltanschauung, die Initiative und Eigenverantwortlichkeit nicht ohne weiteres begünstigt.

Und in Indien? Dort besteht die höchste Tugend eines Hindu nicht so sehr darin, das Leben zu meistern, als vielmehr, es zu erdulden. Je mehr Demütigungen, je mehr Schmerzen, je größere Not er in diesem Dasein geduldig erträgt, desto besser wird es ihm in seiner nächsten „Wiederverkörperung“ ergehen. Die gläubigen Hindus sind, wie alle Fatalisten, um so glückseliger, je weniger Wünsche sie haben. Wenn man Glück in Form einer Gleichung ausdrücken darf¹¹⁾, nämlich

$$\begin{array}{l} \text{Besitzungen} \\ \text{Glück} = \text{-----} \\ \text{Wünsche} \end{array}$$

so versuchen sie, durch den Minimal-Nenner „Wünsche“ das Maximal-Resultat „Glück“ zu produzieren.

Die These, daß die erste Ursache der Unterentwicklung in diesen passiven religiösen Haltungen zu finden sei, ließe sich historisch zwar belegen, es gibt aber überzeugendere Gegenthesen. So ist Professor *Lacoste* zu der Ansicht gelangt, diese These sei umgekehrt anzunehmen, das heißt, die Unterentwicklung sei vielmehr die Ursache dieser passiven religiösen Haltungen. Dabei zieht er die historische Tatsache in Betracht, daß der Islam sich von der frühen Zeit bis zum 11. Jahrhundert im Höhepunkt der muselmanischen Zivilisation durch Erfolg und Initiative ebenso auf dem intellektuellen wie dem kommerziellen Gebiet auszeichnete, daß sich aber innerhalb derselben Religion eine fatalistische Lebenshaltung durchsetzte, nachdem die muselmanische Welt in die Stagnation geraten war.

3) Sigurd Klatt, Zur Theorie der Industrialisierung, Köln und Opladen 1959, S. 74.

4) G. Uhlhorn, Die Arbeit im Lichte des Evangeliums betrachtet, Bremen 1877, S. 8/9.

5) In: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Tübingen, Bd. 20 (1905), S. 1—54, Bd. 21 (1905), S. 1—110.

6) In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen, Bd. 41 (1916), S. 1—87, S. 335—421, S. 613 bis 744, Bd. 42 (1916/17), S. 345—461—814.

7) 2. Auflage, London 1937.

8) In: Harvard Business Review, Bd. 30 (1952), S. 33—40.

9) Tübingen und Zürich 1956, S. 18 ff., S. 108 ff.

10) Vorträge, geh. im S. S. 1962, Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin.

11) Eugene Staley, The Futuro of Underdeveloped Countries, New York 1954, S. 20.

Der Versuch, der „mangelnden Motivation, also einer Schwäche der dynamischen Impulse im seelischen und gesellschaftlichen Leben“ die Unterentwicklung oder das „Nachhinken“ der betroffenen Völker zuzuschreiben¹²⁾, ist insofern gefährlich, als man dabei von vornherein ein Symptom der Unterentwickeltheit übertreiben will und so ihre *Ursachen* übersehen kann.

Einige der heute unterentwickelten Länder befinden sich, ganz allgemein gesprochen, nicht seit Beginn ihres Daseins in Unterentwicklung, sondern haben, wie schon oben hervorgehoben, in der Vergangenheit, und manchmal sogar bis in die jüngste Vergangenheit, ein beträchtliches Niveau der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung erreicht. Trotzdem sind sie inzwischen in eine Phase der Stagnation geraten. Andererseits haben die meisten Industriestaaten ihr heutiges Entwicklungsniveau in der verhältnismäßig jungen Vergangenheit erreicht. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht möglich, das Aufhören der Entwicklung durch irgendwelche inneren Ursachen zu erklären. Man gelangt vielmehr zu der Ansicht, daß die Ursachen der Unterentwickeltheit Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die der Entwickeltheit Westeuropas anderer Art sein müssen.

Ein kurzer Rückblick auf die Weltgeschichte tut kund, daß diejenigen Gesellschaftsstrukturen, die Westeuropa im 18. Jahrhundert charakterisierten, praktisch nirgendwo sonst existierten. Die Existenz der „Bourgeoisie“-Klasse ist ein hauptsächlich westeuropäisches Phänomen¹³⁾. Sie war es, die sich von der Erstarrtheit der feudalen Gesellschaft befreite und für die Individualisierung des geistigen und materiellen Lebens kämpfte. Und diese Individualisierung war es, die die Blüte des Unternehmertums in Westeuropa mit sich brachte.

Was kennzeichnete einen Unternehmer in Westeuropa?

„Bei diesen Diskussionen ist ein wichtiger Punkt“, so meint Professor *Bonne*, „daß der Typ des Unternehmers, der zum größten Teil die Verantwortung für das Anwachsen des modernen Kapitalismus trägt, kein Kapitalist ist, der den größtmöglichen Gewinn erstrebt, sondern ein Pioniertyp, der zusätzlich zu seinen Mitteln beträchtliche persönliche Mühe und Initiative investiert, um eine Kombination von Produktionsfaktoren zu erreichen, die sonst nicht zusammenkommen würde“¹⁴⁾.

Abgesehen davon, ob der materielle Gewinn das Hauptanliegen des kapitalistischen Unternehmers war oder nicht, steht außer Frage, daß sein abenteuerlustiger und neuerungsfreudiger Geist entscheidend zur wirtschaftlichen und technischen Entwicklung beigetragen hat.

Schumpeters Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt diese Feststellung. Seiner These nach ergibt sich eine wirtschaftliche Entwicklung aus der Durchführung von immer wieder neuartigen Projekten, genauer gesagt, von fünf verschiedenen speziellen wirtschaftlichen Operationen¹⁵⁾:

1. Die Einführung einer neuen Ware — mit der die Verbraucher noch nicht vertraut sind — oder einer neuen Warenqualität;
2. die Einführung einer neuen Produktionsmethode, die in dem betreffenden Produktionszweig noch nicht durch die Erfahrung erprobt wurde, die keineswegs auf einer wissenschaftlichen Neuentdeckung beruhen muß und auch eine neue Art der kommerziellen Handhabung einer Ware sein kann;
3. die Erschließung eines neuen Marktes, d. h., eines Marktes, auf dem der betreffende Produktionszweig des in Frage kommenden Landes zuvor nicht vertreten war; ob dieser Markt schon bestand oder nicht, ist dabei unwichtig;

12) Richard F. Behrendt, Die „Entwicklungsländer“ und wir in der heutigen Weltlage: Formen und Ursachen der Unterentwicklung; bisherige Methoden der Entwicklungsförderung. In: Richard Behrendt (Hrg.), Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir — Stellungnahmen aus Wissenschaft und Praxis. Bern/ Stuttgart 1961, Bd. 7, Berner Beiträge zur Soziologie, S. 28.

13) Vgl. dazu Max Weber, a. a. O.

14) Alfred Bonne, *Studies in Economic Development*, London 1957, S. 67.

15) F. A. Schumpeter, *The Theory of Economic Development*, Cambridge: Harvard University Press 1949, S. 66.

4. die Eroberung einer neuen Bezugsquelle für Rohstoffe oder Halbfabrikate, wiederum ungeachtet dessen, ob diese Quelle schon bestand, oder ob sie zuerst geschaffen werden muß;

5. die Neuorganisation irgendeiner Industrie, wie die Schaffung einer Monopolstellung (z. B. durch Trustbildung) oder die Zerbrechung einer Monopolstellung.

Den unterentwickelten Nationen haben kommerzielle Gesinnungen zwar auch nicht gefehlt; sie haben sogar in der Vergangenheit einen gewissen unternehmerischen Geist bewiesen¹⁶). Doch ist es nach Schumpeters These offensichtlich, daß das Unternehmertum sich nur in derjenigen Gesellschaft wirksam entwickeln konnte, die Neuerungen, persönlichen Gewinn und individuelle Initiative forderte und förderte. Anders gesagt: Die Entwicklung einer einheitlichen Unternehmerschicht war dort undenkbar, wo ein gesellschaftlich günstiges Klima durch ein politisch ungünstiges Klima beeinträchtigt wurde, so in früheren Kolonien.

Folgerichtigerweise führte der Pioniergeist der Unternehmer zu „der Erschließung eines neuen Marktes“ außerhalb ihres Landes und „der Eroberung einer neuen Bezugsquelle für Rohstoffe oder Halbfabrikate“ in anderen Ländern. In diesem Punkt begegnen wir endlich dem Zeitalter des europäischen Kolonialismus, ja der Problematik der Kolonialpolitik als Ursache der Unterentwicklung.

II

Der Rolle der westeuropäischen Kolonialpolitik in der Unterentwicklung Asiens und Afrikas gilt eine der bittersten Kontroversen der Gegenwart. Es sind vielerlei Beurteilungen, Vorurteile bzw. Verurteilungen geäußert worden, sowohl von unterentwickelten Völkern als auch von der Seite der ehemaligen Kolonialherren. Um eine möglichst objektive Urteilsbildung in diesem Zusammenhang zu erreichen, sollte man daher zuerst von einer Definition der Kolonialpolitik ausgehen — zumal kein großes Lexikon gegenwärtig in Deutschland¹⁷), Frankreich oder England den Begriff „Kolonialpolitik“ definiert.

Unter Kolonie versteht man ein außerhalb eines Staates gelegenes Gebiet, in dem sich Angehörige dieses Staates unter Aufrechterhaltung einer kulturellen und politischen Verbindung mit dem Heimatland niedergelassen haben. Dabei wird zwischen Siedlungs-, Handels-, Pflanzungs- und Wirtschaftskolonien unterschieden. Kolonialpolitik ist nach dieser Begriffsbestimmung eine Politik, die die Erschließung und Besiedlung dieser Gebiete zum Ziel hat¹⁸). Ferner dürfte die Kolonialpolitik in zwei Typen gegliedert werden: den funktionalen Typ von Großbritannien, teilweise auch von den USA, der auf ein Minimum von Personal und Verwaltung abgestellt ist, soweit es sich nicht um Siedlungskolonien handelt, die ihre Selbstverwaltung früh durchsetzten; und den integralen Typ von Portugal, Belgien und auch Frankreich, der sich durch Paternalismus und Assimilationspolitik auszeichnet¹⁹).

Inwiefern ist diese Kolonialpolitik an der Unterentwicklung der ehemaligen Kolonien schuld?

„Diese politische Herrschaft hat eine echte Wirtschaftsentwicklung des unterworfenen Landes verhindert, indem sie eine Ausrichtung seiner Wirtschaft auf ausländische Inter-

16) Vgl. Arthur W. Lewis, Background Paper: Reflections on the Economic Problem, Oxford 1961, S. 8. Oxford Conference on Tensions in Development.

17) Das alte Handwörterbuch der Staatswissenschaften (fünfter Band, vierte Auflage, Jena 1923, S. 781—810) enthält zwar das Stichwort „Kolonien und Kolonialpolitik“, definiert aber nicht den Begriff „Kolonialpolitik“. — Das Stichwort „Kolonialpolitik“ war noch in der alten Auflage (1957/1958) des Fischer Lexikons „Staat und Politik“ von Fraenkel und Bracher enthalten, fiel aber in der neuen Auflage (1959/1962) aus, offenbar weil das Thema unter dem Stichwort „Kolonialpolitik“ im Fischer Lexikon „Außenpolitik“ von Mann und Pross behandelt wird, allerdings ohne Definition. — Vgl. dazu die Stichworte „Colonial Administration“ (S. 641—646), „Colonial Economic Policy“ (S. 646—651) und „Colonial System“ (S. 651—653) in Encyclopaedia of the Social Sciences (Volume 3, New York 1930/1954).

18) Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher, a. a. O., (Auflage 1957), S. 152.

19) Golo Mann und Harry Pross, Außenpolitik. Das Fischer Lexikon 7, Frankfurt am Main 1957, S. 137—139.

essen zuließ, ... sowie den Zusammenbruch des Handwerkerstandes und der schon vorhandenen Manufakturen unter den Schlägen der äußeren Konkurrenz herbeiführte", so argumentiert in diesem Zusammenhang der französische Gelehrte *Lacoste*²⁰). Er stützt seine These mit dem Beispiel Japans. Die Entwicklung Japans scheine zu zeigen, daß auch erstarrte Gesellschaften bei voller politischer Unabhängigkeit fähig seien, von der Technik der Industriestaaten zu lernen. (Allerdings habe Spanien einen anderen Verlauf gezeigt, da es bei aller politischen Unabhängigkeit und Nachbarschaft mit Industriestaaten unterentwickelt geblieben sei)²¹).

Eduard Sieber seinerseits klagt die Kolonialpolitik an, weil sie die natürlichen Lebensgrundlagen der betroffenen Völker zerstört habe: „Die Ausbreitung der europäischen Macht über die Erde war verbunden mit weitgehender Entwurzelung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der betroffenen Völker. Das große Maß von Schuld, das die Weißen damit auf sich geladen haben, ist nicht zu leugnen“²²).

Gewiß ist es weder zu leugnen noch nötig zu leugnen, daß die Kolonialpolitik für die farbigen Völker die Unterbrechung eines geschichtlichen Weges bedeutet hat. Ohne weiteres ist es möglich, von einer Auflösung von Stammesgemeinschaften und von einer „Entwurzelung“ vieler Menschen zu sprechen, die ja Familie und Scholle verließen, um in eine Hafenstadt, in ein Bergwerk oder in einen Industriebetrieb zu gehen. Es ist aber eine ernste Frage, ob man die „Entwurzelung“ der Menschen für einen Rückschritt halten und als negativ betrachten soll. Denn es handelt sich dabei um eine Begleiterscheinung der Modernisierung und der Technisierung. Die „natürlichen Lebensgrundlagen“ bewahren, bedeutet noch lange keinen positiven Wert, sondern vielmehr eine Art Sentimentalität. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an die Entwurzelung des europäischen Menschen, die der industriellen Revolution des vorigen Jahrhunderts folgte.

Um glücklich zu sein, genügt es nicht mehr, bei „Minimal-Wünschen“ und „natürlichen Lebensgrundlagen“ zu bleiben — wenn wir noch einmal zu der schon erwähnten „Glück-Gleichung“ zurückkommen dürfen. Man versuchte nun durch den Maximal-Zähler „Besitzungen“ das Glück zu erreichen — Besitzungen in Form von sichtbaren, berührbaren Gegenständen, die man in einer Hafenstadt verdienen, in einem Bergwerk finden oder in einem Industriebetrieb herstellen kann. Die besagte Entwurzelung war also, genauer betrachtet, eine Entwurzelung der Auffassung vom Glück, vom Zweck des Lebens.

Welche Auswirkungen hat die Kolonialherrschaft für die Kolonien? *Julien Cheverny* schreibt zu dieser Frage:

„Trotz seiner Baumwolle und Jute, seiner Eisen- und Kohlevorkommen war Indien nur zum Exportieren seiner Rohstoffe da und zur Stellung von Absatzmärkten für die Fertigprodukte aus Großbritannien. .. Dasselbe galt für Indochina. Die französischen Investitionen waren auf schnelle Rentabilität ausgerichtet und nicht auf eine Stärkung der Wirtschaft im allgemeinen. Das Privatkapital gab Plantagen und Bergwerken den Vorzug vor Fabriken und Nahrungsmittelanbau. Zweck des Kolonialpaktes war es, dem Kapitalismus zusätzliche Gebiete zu verschaffen, nicht Konkurrenten“²³).

„Der wichtigste Effekt des Kolonialismus beruht darauf“, so argumentiert *Myrdal*, „daß die Kolonie keine Gelegenheit fand, zu einer wirklichen Nation zusammenzuwachsen, und somit auch keine Regierung besaß, die aus eigener Initiative konstruktive Maßnahmen hätte ergreifen können, um ein ausgeglichenes Wachstum der nationalen Wirtschaft zu fördern. Es ist allerdings richtig, daß in den meisten Fällen erst die wirkungsvollen Veränderungen, welche durch die Aktivität der Kolonialherren in einer Kolonie

20) Yves Lacoste, *Les Pays sous-developpés*. Paris 1962, S. 57/58.

21) Hinzu kämen ebenso Südeuropa, viele lateinamerikanische Länder und zu einem gewissen Grad auch China und Abessinien.

22) Eduard Sieber, *Kolonialgeschichte der Neuzeit, Die Epochen der europäischen Ausbreitung über die Erde*, Bern 1949, S. 244.

23) Julien Cheverny, *Eloge du colonialisme, Essai sur les Révolutions d'Asie*, Paris 1961, S. 56/57.

geschaffen wurden, langsam eine Situation erzeugten, in der solche Wünsche und Ziele überhaupt realistisch und vernünftig sein konnten. In diesem Stadium führte jedoch der Mangel an politischer Unabhängigkeit zur Bildung einer einigenden und integrierenden Idee für die nationale Gemeinschaft — abgesehen von dem in einem noch späteren Stadium gefaßten Ziel, die ausländischen Herren zu vertreiben ... Das Land und seine Bevölkerung wurden dem freien Spiel der Kräfte schutzlos überlassen, das seinerseits nur durch die Interessen der ausländischen Kolonialmacht gelenkt wurde. Diese Tatsache verurteilte individuelle Anstrengungen zum Scheitern" ²⁴).

Diejenigen, die die Kolonialpolitik verurteilen, sind weit zahlreicher als die, die sie verteidigen. Die veränderte Situation der Welt hat jene in die Offensive gebracht, während diese in die Defensive gedrängt worden sind.

Einen neuartigen Versuch, den westlichen Kolonialismus positiv zu beurteilen, macht *Grenfell Price* ²⁵). Er will darstellen, wie die Herrschaft der weißen Siedler in ursprünglich dünn besiedelten Ländern mit gemäßigttem Klima, wie z. B. Nord-Amerika, schnellen und dauerhaften Erfolg erzielt hat, in Gebieten mit ungünstigem Klima und bereits dichter Bevölkerung, wie z. B. asiatischen, dagegen versagt hat, daß sie sich aber selbst in den letzteren Gebieten durch Einführung technischer Neuerungen sowie der westlichen Rechtsordnung verdient gemacht hat.

In einem Aufsatz faßt *Possony* seine Beurteilungen über die koloniale Tätigkeit folgendermaßen zusammen ²⁶):

1. Die meisten Kolonialverwaltungen sind äußerst patriotisch gesinnt. Sie halten außerdem die Eingeborenen für Kinder. Sie stellen darum das Interesse des Mutterlandes über alle anderen und haben kein Interesse daran, die „Kinder“ zu „Erwachsenen“ zu machen.

2. Rassische Vorurteile schaden den Beziehungen zwischen den Kolonialherren und den Kolonien.

3. Antikolonialistische Attacken und Propaganda sind den Kolonialverwaltungen einfach gleichgültig gewesen. Sie haben die Kolonien nicht überzeugen können, daß es einen anderen Weg als Unabhängigkeit geben könnte. Die Beschuldigung, daß die Kolonialpolitik an allen Problemen der Kolonialvölker schuld sei, haben die Kolonialisten nicht überzeugend entkräften können.

4. Die Kolonialherren haben ihre Kolonien verlassen, weil sie den Widerstand der Eingeborenen für zu groß hielten. „Die Freiheit ist in der Tat eher der Lohn der Stärke und Gewaltanwendung geworden als, wie es eigentlich sein sollte, Lohn der Erziehung und Entwicklung.“

5. Das Mutterland selbst hat nicht genug Mittel, um der Entwicklung der Kolonie behilflich zu sein. Daher wird die Frage der internationalen Zusammenarbeit akut.

III

Um Fehler und Verdienste der Kolonialpolitik zu beurteilen, muß man nicht nur bei einer horizontalen Betrachtung ihrer Aktivitäten bleiben, sondern vertikale Querschnitte durch ihre Geschichte ziehen. Wenn wir ganz allgemein von der Kolonialpolitik sprechen,

24) Gunnar Myrdal, *Economic Theory and Underdeveloped Regions*, London 1957, S. 59.

25) A. Grenfell Price, *The "Western Invasions of the Pacific and Its Continents: A Study of moving Frontiers and changing Landscapes, 1513—1958*. London: Oxford University Press 1963. Vgl. dazu dens., *White Settlers and Natiye Peoples; White Settlers in the Tropics*. New York 1939.

26) Stefan T. Possony, *Colonial Problems in perspective*. In: Robert Strauß-Hupe (Hrg.), *The Idea of Colonialism*, New York 1958, S. 38—41. — Vgl. dazu Walther Maas, *Das Zeitalter des Kolonialismus: Von den Conquistadoren zur Konferenz von Bandung*. Lüneburg: Metta Kinou Verlag.

so haben wir noch nicht präzisiert, von welcher Periode der Kolonialgeschichte wir sprechen. Denn sie hat tatsächlich „tiefgreifende Wandlungen“ erlebt. Es gibt ungefähr die folgenden drei Epochen in der Geschichte der Kolonialpolitik²⁷⁾:

1. 1450—1776. Die Kolonisation begann in der Renaissance mit den Entdeckungsfahrten portugiesischer und spanischer, dann auch holländischer, englischer und dänischer Seeleute. Diese erste Epoche der Kolonialpolitik war durch den Merkantilismus gekennzeichnet. Die Kolonien dienten wirtschaftlich nur dem Mutterland; sie sollten ihre Rohstoffe nur mit den Erzeugnissen des Mutterlandes austauschen. Auch politisch blieben Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung dem Mutterland vorbehalten.

2. 1776—1950. Mit der amerikanischen *Declaration of Independence* hatte in einem gewissen Sinne die europäische Kolonisation ihren Höhepunkt überschritten. Denn fortan mußte die Kolonialpolitik auch mit dem Mitbestimmungsrecht der Kolonien rechnen. Die Kritik von *Adam Smith* in seinem Werk *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* und die anticolonialistischen Lehren von *Voltaire*, *Montesquieu* und *Bentham* hatten freilich schon als Triebkraft für eine Änderung der kolonialpolitischen Haltung gewirkt.

So wurden von England die ersten Schritte zum Commonwealth in der Mitte des 19. Jahrhunderts besritten; nach 1849 sind mit dem endgültigen Abbau der Navigationsakte die Kolonien dem internationalen Handel geöffnet worden. Nach 1871 konzentrierte Frankreich sich auf die Ausweitung seines Kolonialreiches in Afrika; und stufenweise erhielten die Kolonien Sitze im französischen Parlament.

In dieser zweiten Epoche war außerdem eine allmähliche philanthropische Bewegung im Hinblick auf die Kolonialpolitik zu spüren. Beispielsweise förderte man die Befreiung der Negerklaven, und der Wert der auf Negerarbeit angewiesenen Plantagenkolonien wurde in Frage gestellt.

3. *Nach 1950*. Das Ende des zweiten Weltkrieges hat eine radikale Veränderung der Weltkarte mit sich gebracht. Der Unabhängigkeit Indiens, das seit der Renaissance in kolonialen Beziehungen zu Europa stand, folgte eine Umwälzung in der Kolonialpolitik, da die „farbigen“ Kolonialvölker in Asien und Afrika hintereinander emanzipiert wurden. In den Vereinten Nationen begegnen sich die früheren Kolonialmächte und Kolonien als gleichberechtigte Mitglieder. In diesem Weltforum wird jede Fortsetzung der Kolonialpolitik kategorisch verurteilt. Durch eine abgestufte Gewährung des Selbstbestimmungsrechts suchen die Kolonialmächte diesem Verlangen der Gegenwart entgegenzukommen und doch gleichzeitig noch eine lockere Verbindung wie im britischen *Commonwealth* oder der französischen *Communaute* aufrechtzuerhalten. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit wird mit allem Nachdruck gefördert²⁸⁾.

So wird die dritte Epoche der Kolonialgeschichte als „die Epoche der Partnerschaft“ bezeichnet. Und damit ist das Kolonialzeitalter eigentlich zu Ende.

B. Zur Politik der Entwicklung

I

Was wird aus dieser Unterentwickeltheit? Können die Entwicklungsländer sie überwinden?

„Obwohl das wirtschaftliche Niveau in der unterentwickelten Welt im allgemeinen immer noch niedrig ist“, antwortet *Bauer* mit gedämpftem Optimismus, „bedeutet das nicht, daß diese Länder ganz allgemein stagnieren. Armut läßt sich mit sogar sehr raschem Wachstum vereinbaren, wenn das Wachstum neueren Ursprungs ist, und das betref-

27) Vgl. dazu Max Silberschmidt, *Das Werk der neueren Kolonialmächte in welthistorischer Sicht*. In: *Europa und der Kolonialismus*, zusammengestellt von Max Siibersdimid. Zürich 1962, S. 51—88.

28) S. auch Matthias Schmitt, *Die befreite Welt*. Baden-Baden 1962, S. 378—393.

fende Land bis vor kurzem nur einen sehr niedrigen technischen und wirtschaftlichen Stand erreicht hatte. Das ist tatsächlich die Lage in vielen unterentwickelten Ländern, in denen die Wirtschaft oder zumindest wesentliche Teile der Wirtschaft sehr schnell wachsen, aber in denen die Einkommen noch niedrig sind, weil das Land erst vor kurzem den Weg zum materiellen Fortschritt eingeschlagen hat" ²⁹⁾).

Begreiflicherweise wollen die aufstrebenden Völker so schnell wie nur möglich ihre Wirtschaft entwickeln, das materielle Niveau der Industriestaaten erreichen und ihre Gesellschaft modernisieren. Aber wie? Ursachen der Unterentwicklung kennen, heißt nicht schlechthin auch das Rezept für die Entwicklung kennen. Noch immer streiten sich die Theoretiker und Experten um die richtige Methode der Entwicklung.

Die Streitfrage lautet: Soll ein Entwicklungsland Planwirtschaft oder Marktwirtschaft betreiben? Die Antwort darauf schließt sich, wenn sie eindeutig ist, entweder der *Myrdal-These* oder der *Röpke-These* an.

II

Der schwedische Nationalökonom und Soziologe *Gunnar Myrdal* führt seine Planwirtschaft-These hauptsächlich in seinem vielzitierten Werk *Economic Theory and Underdeveloped Regions* aus. Nach seiner These schafft der freie Wettbewerb wirtschaftliche Unausgeglichenheit im Weltmaßstab; nur staatliche Planung kann eine neue Gesellschaft und eine neue Gerechtigkeit herbeiführen. Unterentwickelte Länder können ihre neu gewonnene politische Unabhängigkeit dazu benutzen, durch staatliche Eingriffe die Richtung der Marktabläufe zu ihren Gunsten zu ändern. Wirtschaftlicher Nationalismus in diesen Ländern schweißt außerdem die Massen zusammen und impft ihnen ein gemeinsames Ziel ein. Es wird allgemein darauf gedrungen, daß der Staat sowohl für die Aufstellung als auch für die Durchführung des Gesamtplanes verantwortlich sein müsse. Der Plan ist gewissermaßen ein Programm für die Strategie, die eine nationale Regierung in Form eines Systems staatlicher Eingriffe in das freie Spiel der Kräfte anwendet, um diese hierdurch in einer solchen Weise zu beeinflussen, daß der soziale Prozeß einen Anstoß nach oben erhält. *Gunnar Myrdal* meint, zentrale staatliche Planung und „freie Wirtschaft“ seien nicht unbedingt Gegensätze, denn die zentrale Planung wird dauernd darauf abzielen haben, die Unbeweglichkeiten zu beseitigen und eine größere Flexibilität der *gesamten* Wirtschafts- und Sozialstruktur zu erreichen. Er fügt sogar hinzu, daß ein durch diese dynamische Planung eingeleiteter aufwärtsgerichteter kumulativer Prozeß im betreffenden Entwicklungsland eher mehr als weniger Raum für private Unternehmen schaffe. Er meint schließlich, daß die Alternative zur staatlich gelenkten Planung anhaltende wirtschaftliche und kulturelle Stagnation oder gar Rückschritt wäre ³⁰⁾).

Professor *Wilhelm Röpke* glaubte dagegen, nur der Aufbau einer selbständigen Mittelschicht, nur der freie Unternehmergeist garantiere eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung; in allen Ländern könne die Freiheit nur dann erhalten bleiben, wenn es dort eine breite Schicht selbständiger Unternehmer, Handwerker, Bauern und Kaufleute gebe, die die Marktwirtschaft trage und sich mit ihr identifiziere. Wenn weiterhin Entwicklungshilfe in Form von Staatskrediten den Regierungen der unterentwickelten Länder gegeben werde, die diese Mittel eher für eine sozialistische als für eine marktwirtschaftliche Methode der Entwicklung verwenden, dann würden damit nur die Absichten derjenigen Gruppen von Politikern und Intellektuellen gefördert, die als überzeugte Sozialisten die kollektivistische Methode Moskaus bevorzugen. Der planwirtschaftliche Bereich

²⁹⁾ P. T. Bauer, *Economic Analysis and Policy in Underdeveloped Countries*. Durham/London 1957. S. 49.

³⁰⁾ *Gunnar Myrdal*, a. a. O., s. insbesondere S. 79—84.

in der Weltwirtschaft, der dadurch weiter vergrößert werde, werde es schwieriger machen, einen wachsenden Teil des Kapitalbedarfs der Entwicklungsländer aus privaten Quellen zu decken³¹).

III

Nun haben wir die beiden Thesen gegeneinander abzuwägen. So verschieden sie auch auf den ersten Blick voneinander sein mögen, haben sie in gewissem Sinne die gleiche Zielsetzung: ein gesundes wirtschaftliches Wachstum. Nur: Myrdal will es durch Planung der gesamten Volkswirtschaft, Röpke durch unternehmerische Freiheit erreichen.

Was bei jeder gegen die Planwirtschaft gerichteten Kritik auffällt, ist die Tatsache, daß die Kritiker dabei von den möglichen politisch-ideologischen Einflüssen des planwirtschaftlichen Systems beunruhigt sind, während die Myrdal-Schule sich vor allem für die wirtschaftlichen Wirkungen der staatlich gelenkten Planung interessiert. Anders gesagt: Die Kritiker der Planwirtschaft denken nicht nur an ein gesundes wirtschaftliches Wachstum des Entwicklungslandes, sondern auch an ihre eigene politische Zukunft in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock, während die Planwirtschaftsanhänger zunächst an die rein wirtschaftliche Entwicklung der aufstrebenden Völker zu denken pflegen.

Das Argument, daß man eine Unternehmerschicht in den Entwicklungsländern schaffen müsse, ist fragwürdig. Wenn man die Planwirtschaft der Willkür beschuldigt, wäre es dann nicht ebenso willkürlich, eine Unternehmerklasse, die eine historische Erscheinung im Westen gewesen ist, über Nacht in den unterentwickelten Ländern entstehen lassen zu wollen? In der unterentwickelten Welt muß der Staat die gleiche Rolle übernehmen, die die Unternehmer in den heute industrialisierten Ländern gespielt haben.

Selbst Professor *Bellikoth Ragunath Shenoy* scheint dieser unternehmerischen Rolle und Aufgabe des unterentwickelten Staates indirekt zuzustimmen, wenn er schreibt:

„Die Idee der freien Marktwirtschaft bedeutet für Indien nicht die Rückkehr zu den freibeuterischen Methoden des *Laisser faire*. In einer Wirtschaft des freien Unternehmertums hat der Staat entscheidende Aufgaben: Er ist verantwortlich für die Verteidigung, für die innere Sicherheit, für die Verhinderung von Monopolen und die Garantie eines flüssigen und leistungsfähigen Geldsystems. Er muß weiterhin für die Bewässerung, den Straßenbau, das Postwesen, die Erziehung und die Volksgesundheit sorgen. Die Regierung kann ferner dafür sorgen, daß sich die Schwerindustrie mit den Erfordernissen der Gesellschaft die Waage hält, obwohl grundsätzlich die Schwerindustrie *nach* und nicht vor der Leichtindustrie angekurbelt werden sollte. In einer expandierenden Wirtschaft des ungemein unterentwickelten 415-Millionen-Volkes . . . würde ein solches Mindestprogramm das Plansystem der einzelnen Fünf-Jahr-Perioden überrunden“³²).

Hierzu sei zitiert, was Professor *Erhard* sagte, als er noch Bundeswirtschaftsminister war:

„Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein Wort sagen zu einer in der Öffentlichkeit vielfach diskutierten Frage. Ich meine die Frage, ob wir von einem Entwicklungsland, dem wir Hilfe gewähren, verlangen können, daß es unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung besitzt oder übernimmt. Ich glaube, man darf dieses Problem nicht zu theoretisch betrachten, sondern muß auch hier die konkreten Verhältnisse berücksichtigen. In vielen Fällen ist die staatliche Wirtschaftsinitiative im Anfangsstadium der Entwicklung die einzige Möglichkeit, einen Entwicklungsprozeß überhaupt einzuleiten. Derartige Erscheinungen können nicht von vornherein verurteilt werden . . .“³³).

Über die Eignung der Marktwirtschaft für Entwicklungsländer hatte er sich schon 1958 ablehnend geäußert: „ . . . Die soziale Marktwirtschaft ist dort nicht eingeführt, und ich wäre der letzte, der ihnen etwas so Verrücktes empfohlen hätte, denn die Grund-

31) S. Albert Hunold (Hrg.), *Entwicklungsländer — Wahn und Wirklichkeit*, Erlenbach—Zürich 1961.

32) B. R. Shenoy, *The Right Road to Indian Progress*, in: *Fortune*, April 1960, New York.

33) Ludwig Erhard, *Grundsätze und Methoden der Entwicklungshilfe*. In: *Bulletin*, Nr. 86, S. 821, 9. Mai 1961.

Voraussetzungen sind natürlich völlig anders geartet und bedürfen der Berücksichtigung ... " ³⁴).

Für die Deutschen gibt es einen besonderen Grund, sich davor zu hüten, Planwirtschaft von vornherein für undemokratisch zu halten. Ohne sich in die Problematik der Begriffsbestimmung der Demokratie überhaupt zu verwickeln, macht Professor *Fritz Sternberg* eine interessante Bemerkung in dieser Hinsicht:

„In der Bundesrepublik z. B. ist der Begriff Planwirtschaft sehr stark mit der Erinnerung an die Kriegswirtschaft und das totalitäre System des Dritten Reiches verbunden; wird weiterhin Planwirtschaft leicht mit der Wirtschaft in der von den Russen besetzten Zone und der russischen Wirtschaft selbst identifiziert. Aber es geht gerade darum, die Verstärkung planwirtschaftlicher Methoden bei ausgedehnter demokratischer Kontrolle durchzusetzen; daß dies möglich ist, **hat** Amerika im zweiten Weltkrieg bewiesen, beweist heute Indien" ³⁵).

In seinem Vortrag „Die Rolle von Wettbewerb und Planung in der Wirtschaftsverfassung der westlichen Industriestaaten“, der auf der sechzehnten Internationalen Arbeitstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung unter dem Thema „Planung in der Marktwirtschaft“ am 5. Dezember 1963 in Bad Kreuznach gehalten wurde, beurteilte Professor *Predöhl* aus Münster das französische Experiment der *Planification* positiv. Nachdem er sich im ersten Teil seines Referates mit dem Wandel der Rolle, die der Wettbewerb in der Marktwirtschaft erfahren hat, befaßt hat und im zweiten Teil mit der Frage, inwieweit über die staatliche Konjunkturpolitik hinaus staatliche Planung zwangsläufig ist, geht er darauf ein, wie weit innerhalb der Marktwirtschaft dem Wettbewerb Ordnungsfunktionen zukommen. Er stellt der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die den Wettbewerb durch eine entsprechende Ordnungspolitik in allen Bereichen der Wirtschaft erhalten will, eine pragmatische Wirtschaftspolitik gegenüber, die andere Ordnungsformen neben dem Wettbewerb überall gewähren läßt, wo sie den immanenten Tendenzen der Wirtschaft entsprechen. Sie duldet Monopole, wo diese Ordnungsfunktionen erfüllen, sie kontrolliert sie nur dort, wo sie Schaden stiften, ja sie errichtet sogar Monopole, wo sie ruinöse Konkurrenz verhindern können. Eine solche pragmatische Wirtschaftspolitik hielt der Referent für liberaler als die künstliche Schaffung von freiem Wettbewerb, die auf einen „neoliberalen Dirigismus“ hinauslaufe. Konzerne und Monopole seien darüber hinaus die Träger des wirtschaftlichen Wachstums und damit die Voraussetzung für eine gute Mittelstandspolitik.

Auf derselben Tagung hob Professor *Jacobs* aus Bremen hervor, daß das Verhältnis von Planung und Wettbewerb in den Entwicklungsländern nur aus der Praxis der Wirtschaftspolitik dieser Länder beurteilt werden kann. In fast allen Entwicklungsländern muß nach ihrer Geschichte und Struktur die Initiative zur wirtschaftlichen Entwicklung bei der Regierung liegen. Insofern greift die Wirtschaftspolitik hier planend tiefer in die Wirtschaft ein als in den Industrieländern. Insbesondere kann die Ausbildung der Infrastruktur dort nur Sache der öffentlichen Hand sein. Darüber hinaus ist das Netz Wirtschaftslenkung im allgemeinen um so dichter, je jünger die Länder sind. In den seit einem Jahrhundert selbständigen Ländern Mittel- und Südamerikas, aber auch in den schon länger selbständigen Staaten Asiens und Afrikas dominiert das Wettbewerbsprinzip. In den jungen Ländern, welche die Fäden mit der früheren Kolonialmacht nicht durchgeschnitten haben, ist der Wettbewerb bestehengeblieben. Funktionen der Kolonialmacht, die den Wettbewerb eingeengt hatten, sind allerdings meist auf die autonome Regierung der betreffenden Entwicklungsländer übergegangen. Eine dritte Gruppe von Ländern, die sich betont von ihren früheren Beziehungen abgewandt hat, war schon hierdurch gezwungen, der staatlichen Wirtschaft mehr Spielraum zu geben, weil das Land

34) Die wirtschaftspolitischen Probleme Ostasiens. Vortragsreihe des Deutschen Industrie-Instituts, Nr. 50, 15. Dezember 1958, Köln. Vervielfältigt. S. 3.

35) Fritz Sternberg, Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts? Köln & Berlin 1961, S. 34 f.

sonst wirtschaftlich zusammengebrochen wäre. Zum Teil sympathisieren diese Länder mit vermeintlichen Vorteilen staatlicher Planwirtschaft und experimentieren damit. Es wird sich zeigen, welches Verhältnis von Planung und Wettbewerb auf längere Sicht zur Beseitigung der Not, zu optimalem Wachstum und zu steigendem Lebensniveau führen wird.

In der wirtschaftspolitischen Praxis werden schließlich weder Planwirtschaft noch Marktwirtschaft ausschließlich angewandt. Wettbewerb und Vorausschau können einander nicht ausschließen. In vielen Fällen geht es nicht mehr darum, ob man planen sollte, sondern nur noch um das „Wie“, nicht mehr darum, ob man Privatwirtschaft oder Planwirtschaft lehrt, sondern darum, wie man sie auffaßt. Es gibt nämlich Pseudo-Planwirtschaftler, die in Wirklichkeit eher Privatwirtschaftler sind, und Pseudo-Privatwirtschaftler, die in Wirklichkeit dem Planwirtschaftssystem näherstehen.

Die Erkenntnis, daß die „Dritte Welt“ politisch eine Synthese zwischen dem West- und dem Ostblock ist, kann auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht gelten. Die Entwicklungsländer interessieren sich weder für Marktwirtschaft allein noch für Planwirtschaft als solche — sie entwickeln ein drittes Wirtschaftssystem. Diese Erkenntnis kommt deutlich zum Ausdruck, wenn *Hofmann* sagt:

„Mit alledem dürfte das Industrialisierungsproblem mehr oder minder gemeinwirtschaftliche Lösungen nahelegen. Auch erscheinen die Beispiele privat- und erwerbswirtschaftlicher Industrialisierung, die uns die bisherige Wirtschaftsgeschichte bietet (europäischer Frühkapitalismus, Erschließung der europäischen Siedlungskolonien, der japanische Weg) als unwiederholbar. Es fehlen aber andererseits auch spezifische Bedingungen der sowjetischen (sowie der chinesischen) Industrialisierung. Neue Formen gemeinwirtschaftlicher Ordnung, im übrigen auch Misditypen (Staatskapitalismus), sind zu erwarten“³⁶⁾.

IV

Bei allem Eifer für Industrialisierung sollen die Entwicklungsländer sich jedoch fragen, ob das Ausmaß der Industrialisierung als einziges Kriterium für den Entwicklungsstand angesehen werden dürfte. Diese Frage ist natürlich auch für die Industriestaaten wichtig, zumal eine einseitige Beurteilungsweise die Gefahr heraufbeschwört, daß bei der Hilfeleistung andere wichtige Kriterien übersehen werden. Eine einseitige Beurteilung des Entwicklungsstandes vom Standpunkt der Industrialisierung aus ist psychologisch gesehen auch deshalb gefährlich, weil sie bei den hilfeschuchenden Ländern den falschen Eindruck und Ehrgeiz wecken kann, als ob etwa ein großes Stahlwerk allein oder ein anderes industrielles Großobjekt das wesentliche Element für ihre Entwicklung wäre.

Auf jeden Fall sollten sich die aufstrebenden Völker vor Augen halten, daß für ein gesundes wirtschaftliches Wachstum unter ihren gegenwärtigen Bedingungen die Landwirtschaft keineswegs benachteiligt werden darf. Die einseitige Begünstigung der Industrialisierung in der UdSSR mag lehren, wie schwer die Landwirtschaft dabei leidet. Ein Bericht der FAO zeigt ferner, daß die 14prozentige Zunahme der pro Kopf zur Verfügung stehenden Lebensmittel in den Jahren 1960 bis 1961 gegenüber der Vorkriegszeit hauptsächlich nur für die schon hochindustrialisierten Länder gilt³⁷⁾. Das bedeutet, daß die sogenannten Agrarländer, die sich als Entwicklungsländer bezeichnen, nicht nur industriell, sondern auch landwirtschaftlich unterentwickelt sind.

Ja, die Beziehung zwischen Industrialisierung und Landwirtschaft steht vor „einer zirkulären Verursachung mit kumulativen Effekten“. Ganz pragmatisch gesehen nützt die Entwicklung der Landwirtschaft neben der Industrialisierung in unterentwickelten

36) Werner Hofmann, Die Entwicklungsländer zwischen „Ost und „West“, in: Richard Behrendt (Hrg.), a.a.O., S. 171—172. — Vgl. auch Rene Gendarme, La Pauvre des Nations. Editions Cujas 1963, S. 407—420.

37) S. La faim du monde, in: Le Monde, 4. Oktober 1961.

VOM KOLONIALISMUS ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK

Ländern ihrer Volkswirtschaft um so mehr, als die Terms of Trade für ihre Industrieerzeugnisse augenblicklich leider enttäuschend sind.

Schon die Deklaration der Konferenz der Völker Asiens und Afrikas, die vom 26. Dezember 1957 bis zum 1. Januar 1958 in Kairo stattfand, bestätigte diese Notwendigkeit: „ . . . Die Konferenz ermutigt die Länder Asiens und Afrikas, großen Wert zu legen auf Industrialisierung, da sie das Mittel zur Erhöhung des Lebensstandards der Völker ist. Die Landwirtschaft muß modernisiert werden, um mehr zu erzeugen . . . Die Konferenz glaubt, daß die Agrarreformen, die die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen, heute von dringender Notwendigkeit sind“³⁸⁾.

38) S. Supplément à Démocratie Nouvelle no. 2., Paris 1958.